

Büro HANS-DIETRICH GENSCHER, MdB

**Vorlesung
von Bundesminister a. D.
HANS-DIETRICH GENSCHER, MdB
an der Mercator Universität Duisburg
über "Das größere Europa"
in Duisburg
am 14. Mai 1997**

Es gilt das gesprochene Wort!

Wo liegt Europa? - Diese Frage nach dem Ort Europas und seiner Identität ist so alt wie die europäische Politik selbst. Auch die Geschichte dieses nunmehr zu Ende gehenden Jahrhunderts erscheint im Rückblick als ein langes, schmerzvolles Ringen um die Beantwortung dieser Frage. Sie wurde durch die friedliche Freiheitsrevolution der Völker in Mittel-, Südost- und Osteuropa endgültig zu Gunsten von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten entschieden. In der großen Wende der Jahre 1989/1990 zeigte sich erneut, dass Europa mehr ist als ein wirtschaftlicher Zweckverband oder ein geografischer Begriff, dass es seine Identität hat in einem von Christentum, Humanismus und Aufklärung geprägten Menschenbild. Es hat seinen Kern in der Würde und Einzigartigkeit des Individuums, in seiner Freiheit, selbst über sein Schicksal zu bestimmen. Der tiefe Wunsch der Menschen nach Freiheit und Selbstbestimmung war es, der den friedlichen Freiheitsrevolutionen in Mittel-, Südost- und Osteuropa zu Grunde lag und der die kommunistischen Systeme überwand. Damit wurde erstmals in der Geschichte Europas die Tür für die Verwirklichung von Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft in ganz Europa weit geöffnet.

Entscheidende Bedeutung musste und muss dabei der Europäischen Union zukommen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellte die Gründung der Europäischen Gemeinschaften die Antwort auf die europäischen Bruderkriege im Zeichen eines übersteigerten Nationalismus dar. Die europäische Integration führte zur Entstehung einer neuen Kultur der Zusammenarbeit in Europa, die auf der gleichberechtigten Zusammenarbeit großer und kleiner Staaten, auf gemeinsamen Werten und gemeinsam wahrgenommener Verantwortung beruht. Der vorerst letzte große Schritt in diesem Prozess war die Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht über die Gründung der Europäischen Union vor fünf Jahren.

Schon zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages konnte jedoch kein Zweifel daran bestehen, dass die Europäische Union mit ihren damals zwölf, dann 15 Mitgliedstaaten nicht das ganze Europa repräsentierte. Die friedlichen Freiheitsrevolutionen der Völker in Mittel-, Südost- und Osteuropa hatten deutlich gemacht, dass diese nicht nur eine gemeinsame Geschichte und Kultur mit dem Rest Europas teilen, sondern auch die gleichen Werte. Immer deutlicher zeigt sich zudem, dass im Zeitalter der Globalisierung nationale Sonderwege in Europa keine Zukunft mehr haben. Politische, ökologische und soziale Instabilität in Mittel-, Südost- und Osteuropa wird letztlich auch die Europäische Union selbst destabilisieren. Langfristig wird es den heutigen Mitgliedstaaten der EU nur dann gut gehen, wenn es ihren Nachbarn in Mittel-, Süd-, Südost- und Osteuropa auch gut

geht. Die einzige Möglichkeit, auf Dauer Stabilität, Prosperität und Demokratie in ganz Europa zu sichern, ist die Ausdehnung der Stabilitätszone und der neuen Kultur der Zusammenarbeit, die die EU bildet. Deshalb ist die Erweiterung der Europäischen Union um die Staaten Mittel- und Südosteuropas sowie Zypern und die immer stärkere Vertiefung der Beziehung mit den Staaten Osteuropas ein Gebot der politischen Vernunft.

Die Erweiterung der Europäischen Union ist eine ähnlich gewaltige Aufgabe wie die Gründung der Europäischen Gemeinschaften durch Jean Monnet, Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi, Robert Schumann. Dem vereinten Deutschland fällt hierbei eine besondere Verantwortung zu. Es war der französische Diplomat und Schriftsteller Paul Claudel, der kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die künftige Rolle Deutschlands in Europa weitsichtig so beschrieb: "Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern um sie zu versammeln. Seine Rolle ist es: Übereinstimmung zu schaffen - all die unterschiedlichen Nationen, die es umgeben, spüren zu lassen, dass sie ohne einander nicht leben können." Wenige Jahre später machte Thomas Mann in seiner berühmten Hamburger Rede aus dem Jahr 1952 an die deutsche Jugend deutlich, dass nicht ein deutsches Europa, sondern nur ein europäisches Deutschland auf Dauer Frieden und Stabilität gewährleisten könne. Beide Standortbestimmungen bleiben auch heute gültig. Die Herstellung der deutschen Einheit bliebe unvollkommen, wenn sie nicht ihre Entsprechung fände in der Einigung Europas. Eine treibende Kraft bei der Einigung des größeren Europas zu sein, entspricht der historischen Verantwortung Deutschlands für Europa. Kein Land in Europa hat aber auch ein so großes Interesse an der friedlichen Einigung ganz Europas wie Deutschland, das Land in der Mitte Europas, umgeben von neun Nachbarn. Zum ersten Mal in unserer Geschichte sind wir mit all unseren Nachbarn durch enge freundschaftliche Beziehungen verbunden. Dies ist die Frucht einer Politik, die nicht mehr auf Machterwerb setzt, sondern auf Verantwortungspolitik im Interesse des ganzen Europa. Das muss auch heute so bleiben, wo manchmal missverständlich über eine gestiegene Verantwortung des vereinten Deutschland gesprochen wird.

Wie weit wir auf diesem Weg zur Wahrnehmung einer gemeinsamen Zukunftsverantwortung für Europa schon vorangekommen sind, zeigt die immer engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Rahmen des sogenannten "Weimarer Bogens". Diese drei großen Nationen im Herzen Europas begannen 1991 diese neuartige Form der Zusammenarbeit in dem

Bewusstsein der Verantwortung, die Polen, Deutsche und Franzosen für das Gelingen zukunftsfähiger Strukturen europäischer Nachbarschaft tragen.

Die Geschichte der europäischen Integration hat gezeigt, dass die Europäische Union bislang von jeder Erweiterung profitiert hat, politisch und wirtschaftlich. Mit jeder Erweiterung wurde die Europäische Gemeinschaft europäischer, weil alle europäischen Völker Europas Geschichte, seine Kultur und seine Identität geprägt haben. Leider wird in der Öffentlichkeit die Erweiterung der Europäischen Union nicht selten unter dem Gesichtspunkt der damit verbundenen "Kosten" diskutiert. So als ob das überragende Gut - Frieden - gewissermaßen umsonst zu haben wäre. Auch 40 Jahre nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaften kann nicht genug betont werden: Die europäische Integration ist die erfolgreichste Friedensinitiative in der europäischen Geschichte.

Die Erweiterung der EU wird aber auch wirtschaftlichen Nutzen bringen. Der EU-Beitritt von elf oder noch mehr Mitgliedsländern mit mehr als 100 Millionen Menschen wird der Wirtschaft in ganz Europa beträchtliche Wachstumsimpulse bringen. Schon in der ersten Hälfte der 90er Jahre hat der Handel zwischen der EU und den assoziierten Staaten Mittel- und Südosteuropas kräftig zugenommen. Dies kam auch der Beschäftigung in der EU zugute. Auch Deutschland hat hiervon profitiert. Diese wachstums- und beschäftigungspolitischen Impulse werden sich noch verstärken, wenn die assoziierten Staaten der EU beitreten. Jene, die nur über die Kosten der EU-Erweiterung sprechen, sollten deshalb einmal die Kosten bedenken, die entstehen, wenn die EU die in der Erweiterung liegenden Wachstumschancen nicht nutzt.

Unmittelbar nach der großen Wende der Jahre 1989/90 hat die Europäische Union ihre Verantwortung für die Staaten östlich von ihr zunächst durch das Angebot zu umfassender Unterstützung und Zusammenarbeit wahrgenommen. Zwischen 1990 und 1996 hat die Europäische Union im Rahmen ihres PHARE-Unterstützungsprogramms Mittel in Höhe von etwa 6,7 Milliarden ECU zur Unterstützung des Transformationsprozesses in den Staaten Mittel- und Südosteuropas bereitgestellt. Bedeutsamer jedoch war der Abschluss von Assoziierungsverträgen mit mittlerweile elf Staaten Mittel- und Südosteuropas: mit den baltischen Staaten, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und zuletzt Slowenien. Diese Verträge, auch Europaverträge genannt, bieten diesen Staaten über den Freihandel hinaus die politisch entscheidende Perspektive einer vollen Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Auf dem Europäischen Rat in Madrid im Dezember 1995 hat sich die Europäische Union darauf verständigt, spätestens sechs Monate nach Abschluss der Regierungskonferenz über die Revision des Vertrages von Maastricht, also voraussichtlich bis Ende 1997, darüber zu entscheiden, mit welchen der assoziierten Staaten sie Beitrittsverhandlungen aufnehmen wird. Hierin liegt für die Beitrittskandidaten ein wichtiger Ansporn, mit den notwendigen Reformen und Strukturanpassungen entschlossen voranzugehen. Allerdings halte ich es für unbefriedigend, dass der Beginn von Beitrittsverhandlungen abhängig gemacht wurde von Ereignissen innerhalb der Europäischen Union, auf die die assoziierten Staaten selbst keinen Einfluss haben. Die Geschichte macht keine Pause. Es wäre ein fataler Irrtum zu glauben, man könne oder solle die Osterweiterung der Europäischen Union weiter verzögern. Das Gegenteil trifft zu: Ein Versanden der Dynamik würde zu mehr Unsicherheit und damit zu Gefahren für die Stabilität in ganz Europa führen. Diejenigen in der Europäischen Union, die immer wieder auf die Risiken der Erweiterung hinweisen, sollten über die Gefahren nachdenken, die entstehen, wenn die Europäische Union bei der Aufgabe scheitert, den dramatischen Wandel in Mittel und Südosteuropa aktiv mitzugestalten.

Verlangt ist deshalb jetzt eine weitere Konkretisierung der Beitrittsperspektive für die assoziierten Staaten:

1. Die Europäische Union sollte auf dem bevorstehenden Europäischen Rat von Amsterdam ein verbindliches Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zum 1. Januar 1998 nennen.
2. Beitrittsverhandlungen sollten mit allen Partnern der Europaverträge zum gleichen Zeitpunkt aufgenommen werden.

Es darf keine assoziierten Staaten erster, zweiter oder dritter Ordnung geben. Keines der Völker in Mittel- und Südosteuropa, die sich aus eigenem Entschluss auf den Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft gemacht haben, darf jetzt zurückgewiesen werden. Die Europäische Union darf jetzt ihre Stunde nicht versäumen, da die NATO in wenigen Monaten über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Staaten in Mittel- und Südosteuropa entscheiden wird. Nichts wäre für die Stabilität in den Ländern Mittel- und Südosteuropas und damit in ganz Europa verhängnisvoller als ein doppelter Zurückweisungsschock durch die EU und die NATO. Nach dem Ende des kalten Krieges darf es jetzt keine "vergessenen" Staaten in Europa geben. Die Europäische Union muss hieraus die Konsequenzen ziehen und entschlossen handeln. Die immer stärkere Vernetzung der europäischen Gesellschaften im Zeichen von Demokratie und Marktwirtschaft ist eine entscheidende Voraussetzung

für eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung für ganz Europa. Nur die Europäische Union vermag diese Voraussetzung zu schaffen.

Allerdings bedeutet die gleichzeitige Aufnahme der Beitrittsverhandlungen nicht auch notwendigerweise gleichzeitigen Beitritt. Der Zeitpunkt des Beitritts wird für jedes einzelne Land von seiner Fähigkeit abhängen, die politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien zu erfüllen. Allein darum geht es; geopolitische Aspekte dürfen hierbei keine Rolle spielen. Keinesfalls darf der Eindruck entstehen, als würden nur jene Staaten in die EU aufgenommen, die auch in die NATO aufgenommen werden. Ebenso verfehlt, ja anachronistisch wäre es, religiöse Prägungen zum Anknüpfungspunkt zu machen für die Entscheidung über den Beitritt eines Landes zur EU.

Klarheit sollte auch über den Kreis der für einen Beitritt zur EU in Frage kommenden Länder in Mittel- und Südosteuropa herrschen. Auch Albanien, auch die Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien sind unverzichtbare Bestandteile des größeren Europa. Deshalb sollte die EU auch mit diesen Staaten Europaverträge abschließen, sofern sie hierfür die Voraussetzungen erfüllen. Ich bin fest überzeugt: In dieser europäischen Perspektive liegt eine entscheidende Voraussetzung für die dauerhafte Befriedung und Stabilisierung ganz Südosteuropas. Nur die EU kann diese Aufgabe erfüllen

Die Herausforderungen, vor denen die assoziierten Staaten bei der Anpassung ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Strukturen im Hinblick auf den EU-Beitritt stehen, sind gewaltig. Deshalb ist es ein ermutigendes Zeichen, dass innerhalb nur weniger Jahre der Transformationsprozess in den Staaten Mittel- und Südosteuropas große Fortschritte gemacht hat. Die jüngsten Wahlen in Bulgarien, Rumänien, Litauen, nicht zuletzt auch die Entwicklung in Serbien haben gezeigt, dass trotz der angespannten sozialen Lage in diesen Ländern die demokratisch und marktwirtschaftlich orientierten Kräfte weiter auf dem Vormarsch sind. Den meisten Ländern ist es zudem gelungen, den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten; einige befinden sich schon auf dem Pfad eines stabilen wirtschaftlichen Wachstums. Der Anteil des privaten Sektors in den Transformationsländern macht heute schon mehr als 50 % des Bruttoinlandproduktes aus. Die meisten assoziierten Staaten ist es auch gelungen, ihren Außenhandel zu reformieren und ihren Handelsaustausch mit der Europäischen Union auszuweiten: Seit 1989 haben sich die Importe der Europäischen Union aus den assoziierten Staaten um 200 Prozent erhöht, die EU-Exporte in diese Region sind sogar um 300 Prozent gewachsen.

Dennoch bleibt nach dem Abschluss der ersten Phase des Transformationsprozesses noch viel zu tun. Die Wachstumsraten sind immer noch zu gering, um in absehbarer Zeit ein Gleichziehen mit dem Entwicklungsstand Westeuropas möglich zu machen. In Zukunft wird viel von der Bereitschaft nationaler und internationaler Investoren abhängen, in den assoziierten Ländern zu investieren. Investitionen sind der Schlüssel zu einem erfolgreichen Transformationsprozess und zu dauerhaftem wirtschaftlichen Wachstum. Die Auslandsdirektinvestitionen in den Transformationsländern sind weiterhin zu gering und zu ungleichmäßig verteilt. Eine durchgreifende Besserung verlangt die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen: eines funktionierenden Rechtssystems, einer effizienten und transparenten öffentlichen Verwaltung, eines effizienten Bankensystems und der Möglichkeit, Eigentum an Grund und Boden zu erwerben.

Die Europäische Union muss hierbei den assoziierten Staaten auch künftig mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Hauptverantwortung für die Bewältigung dieser Aufgabe liegt jedoch bei den Regierungen und bei den Parlamenten in den betroffenen Staaten. Sie stehen vor einer äußerst schwierigen Aufgabe. Der Reformprozess ist für weite Bevölkerungskreise mit erheblichen sozialen Härten verbunden. Die Arbeitslosigkeit nimmt in den meisten Transformationsländern immer noch zu. Die jüngsten Krisen in Bulgarien und Albanien haben gezeigt, welche destabilisierende Folgen das haben kann. Umso wichtiger ist es, dass die Europäische Union über den weiteren Fortgang des Heranführungsprozesses Klarheit schafft und ihren Partnern in Mittel- und Südosteuropa durch die Öffnung der europäischen Märkte neue Wachstumsperspektiven eröffnet. Nur dann wird es den reformorientierten Kräften in den assoziierten Staaten gelingen, auch in Zukunft ihre Bevölkerungen für die Fortsetzung des Reformkurses zu gewinnen.

Die Osterweiterung der Europäischen Union verlangt jedoch nicht nur den assoziierten Staaten ein großes Maß an Veränderungsbereitschaft ab; auch die Europäische Union selbst muss sich reformieren, um aufnahmefähig zu werden für neue Mitgliedstaaten. Dies gilt insbesondere für drei Bereiche: die Institution der Europäischen Union, die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Reform des Finanzsystems der Europäischen Union einschließlich der gemeinsamen Agrarpolitik. Es wäre verfehlt, diese Herausforderungen isoliert zu betrachten. Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union stehen vielmehr in einem inneren Zusammenhang. Sie sind gleichermaßen bedeutsam für die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union im kommenden Jahrhundert.

Eine Europäische Union mit 20 und mehr Mitgliedstaaten benötigt handlungsfähige Institutionen, um ihre Verantwortung nach innen und außen wahrnehmen zu können. Hierfür die Hauptvoraussetzungen zu schaffen, ist die besondere Verantwortung der Regierungskonferenz zur Überprüfung des Maastrichter Vertrages. Sie befindet sich jetzt, wenige Wochen vor dem Europäischen Rat in Amsterdam, in ihrer entscheidenden Phase. Die Europäische Union braucht eine kohärentere und effizientere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, um ihrer Verantwortung beim Bau einer gerechten Friedensordnung in Europa und beim Bau einer kooperativen Weltordnung wahrnehmen zu können. Mehr gemeinsames Handeln ist auch in den Bereichen Justiz- und Innenpolitik gefordert: Globale Herausforderungen, wie das internationale Verbrechen, Drogenhandel und unkontrollierte Migration, verlangen eine gemeinsame europäische Antwort.

Allerdings wird auch diese Regierungskonferenz nicht alle offenen Fragen lösen können. Deshalb müssen Fragen, die jetzt nicht zu klären sind, weiter auf der europäischen Agenda bleiben. Keinesfalls jedoch darf das Ergebnis der Regierungskonferenz als Vorwand dienen, die Osterweiterung der Europäischen Union weiter hinauszuzögern. Das gilt auch für längst überfällige Reformen in anderen Bereichen, vor allem für die Agrar- und die Strukturpolitik der EU. Die bevorstehende Osterweiterung bedeutet für die Europäische Union eine Chance, mit der Reform der gemeinsamen Agrar- und Strukturpolitik endlich ernst zu machen. Staatliche Eingriffe und Subventionen müssen auf das notwendige Maß reduziert werden.

Neben der Reform der Institution ist die vertragsgemäße Vollendung der Währungsunion zum 01.01.1999 von größter Bedeutung für die Sicherheit von Prosperität, wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Gerechtigkeit in der Europäischen Union und in ganz Europa. Erst die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung wird den gemeinsamen Binnenmarkt vollenden. Ein gemeinsamer Markt mit 14 verschiedenen Währungen ist ein Anachronismus, den sich die Europäische Union angesichts der Globalisierung der Finanzmärkte nicht mehr länger leisten kann. Erst eine stabile europäische Währung wird eine verlässliche Kostenkalkulation für die europäische Wirtschaft und für unsere Partner weltweit ermöglichen. Sie wird Europas Stellung auf den globalen Finanzmärkten stärken. Die Vollendung der Währungsunion wird schließlich auch für die Einigung des größeren Europas von größter Bedeutung sein. Ein stabiler "Euro" wird auch für die Partner der EU in Mittel-, Südost- und Osteuropa ein Gewinn sein. Langfristig kann sich die europäische

Währungsunion als Nukleus eines größeren, gesamteuropäischen Wirtschafts- und Währungsraumes erweisen.

Europa reicht weiter als die jetzige, aber auch weiter als die künftige Europäische Union - politisch, wirtschaftlich, kulturell. Nichts wäre im Zeitalter der Globalisierung und ständig wachsender Interdependenz falscher als eine ängstliche Verengung des Europa-Begriffs auf die der EU assoziierten Staaten. Mit dem Ende der Sowjetunion sind zwölf neue unabhängige Staaten entstanden, die für die Stabilität in Europa von entscheidender Bedeutung sind. Dies gilt vor allem für Russland, das größte Land der Erde, und in besonderer Weise auch für die Ukraine. Die Errichtung einer Wohlstandsgrenze am Bug wäre für Deutschland und Europa nicht weniger gefährlich als eine dauerhafte Wohlstandsgrenze an Oder oder Neiße. Nach dem Ende des kalten Krieges und im Zeitalter der Globalisierung haben wir wesentlich mehr gemeinsame Interessen mit Russland und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion als Gegensätze, die uns trennen. Niemand sollte glauben, die Einheit des größeren Europa ohne oder gar gegen Russland vollenden zu können. Europa wird seine friedliche Einheit nur mit Russland finden können. Russland hat sich in den vergangenen Jahren von seiner totalitären Vergangenheit losgesagt und aus eigenem Entschluss den Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft beschritten. Das kann angesichts des Fehlens demokratischer Traditionen in der Zeit der Sowjetunion und davor auch im zaristischen Russland nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wie nie zuvor in diesem Jahrhundert besteht heute die Chance zu einer umfassenden Zusammenarbeit mit Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Das zu erkennen, heißt nicht die Augen davor zu verschließen, dass sich Russland, die Ukraine und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion weiterhin in einer schwierigen Übergangsphase befinden. Bis zur Etablierung einer wirklich sozialen Marktwirtschaft, stabiler, demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse bleibt ein weiter Weg zu gehen. Anders als die Staaten Mittel- und Südosteuropas können Russland und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion kaum an marktwirtschaftliche Traditionen anknüpfen. Deshalb muss der Westen den Transformationsprozess in diesen Ländern auch in Zukunft unterstützen. Hieran müssen sich neben der EU vor allem die USA, Japan und die internationalen Finanzorganisationen beteiligen.

Die EU ist - wie die USA - gut beraten, Russland und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion als langfristige strategische Partner zu betrachten. Mit dem

Abschluss von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland, der Ukraine und den meisten der anderen GUS-Staaten hat sie dieser Einsicht Rechnung getragen. Diese Abkommen bilden die Grundlage für eine umfassende Zusammenarbeit und Partnerschaft auf allen Gebieten. Hierzu gehört ein umfassender und institutionalisierter Dialog zwischen der EU und diesen Staaten über alle Fragen von gegenseitigem Interesse, einschließlich der Justiz- und Innenpolitik sowie der Sicherheitspolitik.

Zugleich geht es um eine immer tiefere wirtschaftliche Zusammenarbeit. Schon heute ist die EU Russlands wichtigster Handelspartner; sie macht ca. 55 % in Russlands Außenhandel aus. Der Ausbau des Handels mit der EU wird die Integration Russlands, der Ukraine und der anderen Staaten der GUS in die Weltwirtschaft befördern. Manches bleibt jedoch noch zu tun; sowohl die EU als auch Russland und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sollten noch bestehende Handels- und Investitionshemmnisse so weit wie möglich abbauen. Zur Integration Russlands in die Weltwirtschaft gehört auch seine Aufnahme als Vollmitglied in die G 7, aus den die G 8 werden sollten. Russland sollte so bald wie möglich Aufnahme in der neugeschaffenen Welthandelsorganisation WTO und in der OECD finden. Allerdings muss auch Russland seinen Beitrag leisten, um dies möglich zu machen.

Die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen eröffnen zunächst Russland, der Ukraine, Belarus und Moldova auch die Perspektive einer Freihandelszone mit der EU ab dem Jahr 1998. Die EU und die betroffenen Staaten sollten entschlossen an der raschen Verwirklichung dieser Perspektive arbeiten. Ein gesamteuropäische Freihandelszone ist eine entscheidende Voraussetzung für die Bildung eines gesamteuropäischen Wirtschafts- und Wachstumsraumes. Zur Verwirklichung dieser großartigen Perspektive bedarf es erheblicher Anstrengungen. Russland und die anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion müssen die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren weiter verbessern. Die EU muss endlich Abschied nehmen von einem anachronistischen Protektionismus, der in vielen Bereichen Russland und den anderen Nachfolgestaaten den Zugang zu den europäischen Märkten erschwert.

Ein gesamteuropäischer Wirtschaftsraum setzt darüber hinaus eine gesamteuropäische Infrastruktur voraus. Deshalb sollte die EU ihre Anstrengungen zum Ausbau der Transeuropäischen Netze verstärken, die die EU, die Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas miteinander verbinden. Dies schließt die Schaffung

einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur, einer modernen Verkehrs- und Transportinfrastruktur zu Land, zu Wasser und in der Luft ein. Zugleich ist jetzt eine gesamteuropäische Energieunion verlangt, die nicht nur die Sicherheit der Energieversorgung gewährleistet, sondern auch die Sicherheit von Transport und Produktion. Wir brauchen auch mehr gesamteuropäische Kooperation im Bereich des Umweltschutzes. Ich bin überzeugt: Eine gesamteuropäische Infrastruktur ist eine entscheidende Voraussetzung für die Verwirklichung einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für ganz Europa.

Die Entwicklung gesamteuropäischer Strukturen wird schließlich auch vom Willen aller Europäer abhängen, leistungsfähige Strukturen regionaler Zusammenarbeit zu entwickeln. Gesamteuropäische Kooperation muss sich auch im regionalen Rahmen bewähren. Hier bestehen hoffnungserweckende Ansätze, die entschlossen fortgeführt werden sollten. Die Gründung des Ostseerates im Jahr 1992 und der Gipfel der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten im vergangenen Jahr, aber auch die sich entwickelnde Schwarzmeerkoooperation zeugen von der wachsenden Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit in Europa. In Mitteleuropa haben sich Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn und Slowenien zur Zentraleuropäischen Freihandelszone (CEFTA) zusammengeschlossen. Erste Ansätze für eine regionale Kooperation bestehen auch auf dem Balkan. Bei all diesen Initiativen geht es darum, durch mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit, den Abbau von Handelshemmnissen und den Aufbau einer regionalen Infrastruktur die Überbleibsel des Eisernen Vorhangs endgültig zu beseitigen und das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit zwischen benachbarten Völkern zu stärken.

Die Heranführung der Staaten Mittel- und Südosteuropas an die EU ist von überragender Bedeutung für gesamteuropäische Stabilität. Es wäre allerdings ein fatales Missverständnis, wenn die Europäische Union nur nach Osten oder Südosten blicken würde. Sicherheit, Stabilität und Prosperität in ganz Europa werden nicht möglich sein ohne eine stabile und friedliche Entwicklung auch in der Mittelmeerregion. Zu Recht hat die Europäische Union deshalb gemeinsam mit ihren Partnern in der Mittelmeerregion auf der Konferenz von Barcelona im November 1995 die Initiative für eine "Euro-mediterrane Zone des Friedens und der Stabilität" ergriffen. Die Konferenz von Barcelona ebnete den Weg für eine umfassende euro-mediterrane Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und ihren Partnern in der südlichen und östlichen Mittelmeerregion. Hierbei geht es um die Unterstützung des Reformprozesses in diesen Ländern und die Errichtung einer großen euro-

mediterranen Freihandelszone bis zum Jahr 2010. Darüber hinaus haben die Europäische Union und ihre Partner in der Mittelmeerregion einen Dialog über politische Prinzipien für die Gestaltung der Zukunft der Mittelmeerregion eröffnet: die Respektierung der Menschenrechte, der Demokratie und des Rechtsstaats, die friedliche Beilegung von Konflikten und Abrüstung. Hierbei könnte die OSZE als ein Modell für eine neue regionale Sicherheitsarchitektur in der benachbarten Mittelmeerregion einschließlich des Nahen und Mittleren Ostens dienen.

Europäische Stabilitätspolitik im Mittelmeerraum muss sich auch durch die baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen Zypern und der EU bewähren. Auch für den Assoziierungspartner Zypern muss die Zusage der EU über die baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gelten. Die Teilung Zyperns darf kein Vorwand sein, den Beginn der Beitrittsverhandlungen weiter hinauszuzögern. Im Gegenteil: Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wird auch die Lösung der Zypern-Frage insgesamt befördern.

Zu den wichtigsten politischen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte gehört die Einsicht, dass für die dauerhafte Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa die Präsenz der USA in Europa und damit auch die NATO unverzichtbar sind. Auch nach dem Ende des kalten Krieges darf der Atlantik nicht breiter werden. Im Gegenteil: Weder die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts noch der Aufbau des größeren Europa werden die Europäer ohne die USA alleine bewältigen können. Verlangt ist deshalb eine erneuerte transatlantische Partnerschaft, die Politik, Wirtschaft und Kultur umfasst. Der Abschluss der Transatlantischen Agenda und eines gemeinsamen Aktionsplans zwischen der EU und den USA vor fast zwei Jahren war deshalb ein wichtiger Schritt nach vorn. Es war wichtig und richtig, dass sich die EU und USA dabei auch auf eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Förderung des Transformationsprozesses in Mittel-, Südost- und Osteuropa verständigt haben.

Auch für die Stabilität in einem größeren Europa wird die NATO unverzichtbarer sein. Sie steht jetzt vor der großen Aufgabe, in einem weltpolitisch gewandelten Umfeld ihre Rolle bei der Verwirklichung ihres schon im Harmel-Bericht von 1967 genannten höchsten Ziels - der dauerhaften und gerechten Friedensordnung für ganz Europa - neu zu definieren. Hierzu gehört auch die Frage neuer Mitgliedschaften von Staaten Mittel- und Südosteuropas und die Entwicklung einer tragfähigen Partnerschaft mit Russland, aber auch mit der Ukraine und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion. Das verlangt eine kooperative Sicherheits- und

Stabilitätsordnung für ganz Europa. Hierzu gehört auch eine Stärkung der OSZE. Sie ist weiterhin die einzige europäisch-atlantische Institution, die sowohl die Nachfolgestaaten der Sowjetunion als auch die nordamerikanischen Demokratien umfasst. Ihre Möglichkeiten sollten entschlossener wahrgenommen werden, als dies seit dem Beginn der 90er Jahre der Fall war. Die OSZE sollte jetzt endlich in die Lage versetzt werden, die ihr zugewiesene Rolle als Wächterin gesamteuropäischer Stabilität umfassend wahrzunehmen.

Am Ende dieses Jahrhunderts der Ideologien und der Gewalt hat Europa, das ganze Europa die historische Chance, eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung zu verwirklichen. Die Geschichte pflegt ihre Angebote nicht zu wiederholen. Nichts wäre deshalb jetzt verhängnisvoller als Kleinmut und ängstliches Zögern. Die Chance, die Einheit des größeren Europas durch gemeinsames entschlossenes Handeln friedlich zu vollenden, ist die gemeinsame Zukunftsverantwortung aller Europäer. Niemand aber ist hierbei so sehr gefordert wie das vereinte, das europäische Deutschland.